



# Zweiwochenbericht

22. Februar 1956

Informationsdienst Nr. 4 zur Beurteilung der Situation in der DDR

## Quelle

BStU, MfS, AS 78/59, Bl. 27–41.

## Serie

Informationsdienst.

## Verteiler

Kein Nachweis für externe oder interne Verteilung.

## Datum

Datierung nach Angabe auf dem Vorblatt des parallel überlieferten Exemplars ( BStU, MfS, BV Leipzig, Leiter 2/4, Bl. 1) – Angabe im Kopf des Berichts: 21.2.1956.

## Bemerkungen

Vorblatt fehlt.

## Anlage

»Feindtätigkeit« 7.2.–21.2.1956.

## Zur Lage in Industrie und Verkehr

### Politische Probleme

Neben den laufend in Sonderberichten mitgeteilten Diskussionen zur Volksarmee <sup>1</sup> wurden in der Industrie und im Verkehrswesen besonders Diskussionen zum XX. Parteitag der KPdSU und zum Gnadenerlass des Präsidenten der Agenten Held und Rudert <sup>2</sup> geführt.

#### 1.) Zum XX. Parteitag der KPdSU

Zurückzuführen auf die bisher noch ungenügende Auswertung der Referate und Diskussionen des XX. Parteitages in der Industrie und dem Verkehrswesen sind die Diskussionen dazu noch gering. Die Diskussionen lassen erkennen, dass im Mittelpunkt vor allen Dingen die vom XX. Parteitag aufgezeigten sozialen Verbesserungen in der SU, insbesondere die Einführung des 7- bzw. 6-stündigen Arbeitstages stehen. <sup>3</sup> Die Stellungnahmen zum XX. Parteitag sind in der Mehrzahl positiv. Es wird zum Ausdruck gebracht, »dass die SU mit ihrem 6. Fünfjahrplan und der Einführung der sozialen Verbesserungen die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystem gegenüber dem Kapitalismus demonstriert«. <sup>4</sup> Sehr oft werden in den Diskussionen Vergleiche zur Entwicklung in der DDR gezogen, und dabei die Zuversicht oder auch Erwartung ausgedrückt, dass in der Perspektive derartige soziale Verbesserungen auch in der DDR erreicht werden. Vereinzelt wird zum Ausdruck gebracht: »Der XX. Parteitag wird ausschlaggebend sein für die 3. Parteikonferenz der SED, <sup>5</sup> von der entscheidende Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Arbeit und zur Erhaltung des Friedens zu erwarten sind.«

Die in geringem Maße bekannt gewordenen negativen Diskussionen zeigen, dass sie in erster Linie auf Unklarheiten in der Frage der verschiedenen Formen des Aufbaues des Sozialismus sowie auf Zweifel an der Stärke des Friedenslagers zur Verhinderung eines neuen Krieges zurückzuführen sind.

Die Diskussionen in der Landwirtschaft – bisher jedoch sehr gering – und unter der übrigen Bevölkerung zum XX. Parteitag gleichen denen der Beschäftigten in Industrie und Verkehr.

## 2.) Gnadenerlass für die Agenten Held und Rudert

Der Gnadenerlass für die Agenten Held und Rudert durch den Präsidenten der DDR löste unter den Beschäftigten der Industrie und des Verkehrswesens heftige Diskussionen aus. Die Reaktion auf diese Maßnahme kommt jedoch in den Diskussionen unterschiedlich zum Ausdruck. Während ein Teil den Schritt des Präsidenten im Interesse des Kampfes um die Einheit Deutschlands richtig findet, bringt der andere Teil – darunter auch Mitglieder der SED – zum Ausdruck, »dass sie diese Maßnahme nicht verstehen, da sie darin eine Schwäche der Regierung sehen, den Protesten Westdeutschlands« nachgegeben zu haben. In diesen Diskussionen wird zum Ausdruck gebracht, dass die Agenten Held und Rudert in Anbetracht ihrer Verbrechen »zu Recht mit dem Tode bestraft worden sind, und diese Urteile hätten vollstreckt werden müssen«. Dazu folgendes charakteristisches Beispiel: Übereinstimmend wird im VEB Koffer und Lederwaren Neukirch,<sup>6</sup> [Kreis] Bischofswerda, [Bezirk] Dresden, zum Ausdruck gebracht, dass sich hier unsere Regierung schwach gezeigt habe und nur weil die Westmächte in der Presse gegen das Todesurteil Sturm gelaufen seien, habe unsere Regierung unter diesem Druck die Begnadigung durchgeführt. Wir Arbeiter halten es nicht für richtig, denn gerade diese beiden Verbrecher hätten doch, wie aus den Verhandlungen ersichtlich, der DDR ungeheuren Schaden zugefügt. Um diesem Treiben der Westmächte endlich einmal ein Ende zu setzen, müsse unsere Regierung hart und unnachgiebig durchgreifen, aber keine Begnadigung zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Nur in ganz geringem Maße werden in den Diskussionen die Urteile angezweifelt und der Gnadenerlass als »Erfolg der Proteste Westdeutschlands« gewertet. Charakteristisch dafür ist folgende Meinung: Ein Arbeiter aus dem Simson-Werk-Suhl<sup>7</sup> sagte Folgendes: »Es ist nicht recht, dass die Saboteure zum Tode verurteilt wurden. Auf Druck der Bonner Regierung hin mussten sie ja das Urteil auf lebenslängliches Zuchthaus herabsetzen. Da haben sie wenigstens noch Aussichten, wieder einmal die Freiheit zu erlangen. Das Tausendjährige-Reich hat ja auch nur zwölf Jahre bestanden.«

Die in Westdeutschland eingeleitete »Protestwelle« fand nur vereinzelt von feindlichen Elementen in der DDR Unterstützung, indem unter anonymen und gefälschten Absendern »Protestschreiben« versandt wurden. Von Westdeutschland wurden ca. 200 »Protestschreiben«, »Protestresolutionen« und ähnliches gerichtet an den Präsidenten der DDR, die Regierung der DDR, den Minister für Justiz, den Generalstaatsanwalt, den Zentralvorstand des FDGB sowie an Universitäten, Verwaltungen, Betriebe und Institutionen der DDR. Die Absender dieser Briefe waren: der Bezirksbürgermeister von Reinickendorf, die Juristische Fakultät der Universität Tübingen, Parteivorstände der SPD, Betriebsräte westdeutscher Betriebe und verschiedene Privatpersonen Westdeutschlands.

## Ökonomische Probleme

### 1.) Ausschuss

Ebenso wie die Materialschwierigkeiten führte in einigen Betrieben aus Zubringerbetrieben gelieferter Ausschuss zu negativen Diskussionen und Verärgerungen unter den Beschäftigten. In den Diskussionen bringen die Arbeiter zum Ausdruck, dass man nicht von Qualitätsverbesserung reden, sondern diese durchführen soll und dass es im Kapitalismus so etwas nicht geben würde.

Vereinzelt nehmen feindliche Elemente diese Gelegenheit wahr, um gegen die Regierung zu hetzen. Die hohen Ausschusslieferungen führten auch in einigen Betrieben zu Produktions- und Lieferschwierigkeiten. Bekannt wurden derartige Schwierigkeiten aus folgenden VE-Betrieben:

- Nähmaschinenwerk Wittenberge, [Bezirk] Schwerin, von 300 Greifern Typ 52 des Herstellerwerkes Nähmaschinenwerk Dresden<sup>8</sup> wiesen Konstruktionsfehler auf und waren nicht zu verwenden.
- Die Grube Stahlberg Erzswinde, Schmalkalden, hat im Januar 1956 drei Transportbänder vom VEB »7. Oktober« Magdeburg<sup>9</sup> in Betrieb genommen, wo jetzt bereits die Lager abgenutzt sind.
- Im Karl-Marx-Werk Magdeburg,<sup>10</sup> Abteilung Messgerätebau, müssen alle in der Gießerei des Werkes hergestellten Druckmindergehäuse nachgearbeitet werden.
- Im Schlepperwerk Nordhausen, [Bezirk] Erfurt, müssen fast alle Teile für die Ausstellungsschlepper zur Leipziger Messe nachgearbeitet werden, da sie nicht passen. Die Ursache dazu sind Zeichenfehler.
- Die Möbelwerke Themar, [Kreis] Hildburghausen, erhielten vom VEB Leuna-Werk »Walter Ulbricht« Lack zur Verfügung gestellt, durch den den Möbelflächen Schattierungen entstanden. Die Möbel sollen auf der Messe in Köln zur Ausstellung kommen.
- Dem Elma-Werk Deutsch Ossig, [Kreis] Görlitz, wurde vom Stahlwerk Hennigsdorf Stahl c 15 für Kolbenbolzen geliefert, wovon im Januar 1956 allein 50 % Ausschuss war.

*Brände entstanden*

- am 10.2.1956 Baustelle Opernbau Leipzig, Barackenbrand durch Fahrlässigkeit (Gesamtschaden 40 000 DM);
- am 7.2.1956 im VEB (K) Luckenwalde,<sup>11</sup> [Bezirk] Potsdam, Barackenbrand. Ursache unbekannt (Gesamtschaden 5 000 DM);
- am 9.2.1956 im Klebstoffraum des VEB Filmverwertung Fürstenwalde, [Bezirk] Frankfurt/O., durch Fahrlässigkeit (Gesamtschaden 10 000 DM);
- am 4.2.1956 in der Zigarrenfabrik Wacker in Frankenberg, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt. Ursache unbekannt (Gesamtschaden 25 000 DM);
- am 9.2.1956 im VEB Baumwollspinnerei Karl-Marx-Stadt, an einer Wollverarbeitungsmaschine durch Funkenflug aus den Exhauster (Gesamtschaden 2 500 DM);
- am 14.2.1956 im VEB Industriewerk Karl-Marx-Stadt ist die Niederdruckheizung ausgebrannt durch Fahrlässigkeit. Schaden nicht bekannt
- am 11.2.1956 im VEB Kraftwerk- und Industrieanlagen Dresden.<sup>12</sup> Ursachen unbekannt (Gesamtschaden 100 000 DM);
- am 14.2.1956 [im] VEB Verbundnetz-Ost Dresden, im Dachstuhl durch defekten Schornstein;
- am 10.2.1956 im Objekt der KVP in Pasewalk, [Bezirk] Neubrandenburg, eine Baracke. Ursache unbekannt (Gesamtschaden 40 000 DM);
- am 15.2.1956 Bau-Union Neubrandenburg, Baustelle der Trapo in einer Baracke. Ursache unbekannt (Gesamtschaden 5 000 DM);
- am 15.2.1956 im VEB Ziegelei Seehausen, [Bezirk] Magdeburg, durch Fahrlässigkeit (Schaden 500 DM);
- am 15.2.1956 im VEB Kreisbauhof Gardelegen, [Bezirk] Magdeburg, durch Fahrlässigkeit (Gesamtschaden 2 000 DM);
- am 13.2.1956 [im] VEB Bau-Union Magdeburg Verwaltungsbaracke Harbke, [Kreis] Oschersleben, durch Brandstiftung (Gesamtschaden 55 000 DM).

## ***Versorgung der Bevölkerung***

Die Versorgung der Bevölkerung mit HO-Fleisch und -Fleischwaren sowie mit HO-Butter hat sich in verschiedenen Bezirken weiterhin verschlechtert. So ist in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Frankfurt/O., Neubrandenburg, Potsdam und Dresden die Belieferung mit HO-Fleisch und -Fleischwaren ungenügend. Besondere Schwierigkeiten treten dabei im Bezirk Dresden auf, wo in den Kreisen Meißen und Zittau der Verkauf an HO-Fleisch eingestellt werden musste, damit die Kartenversorgung gesichert wird.<sup>13</sup>

Weiterhin besteht in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Gera, Dresden, Leipzig, Rostock und Neubrandenburg ein Mangel an HO-Butter. Dies führt bereits wieder dazu, dass es bei Anlieferung von Butter zu Schlangenbildungen vor den Geschäften kommt, wie z. B. in Rochlitz, Penig und Geringswalde, Bezirk Karl-Marx-Stadt. Die Ursachen, die zu dieser ungenügenden Warenbereitstellung führen, sind bei Fleisch die mangelnde Erfassung von Lebendvieh, und bei Butter besteht nur ein geringes Aufkommen von Importen sowie durch das gegenwärtige geringe Eigenaufkommen. Dazu einige Beispiele: Im Bezirk Magdeburg besteht ein Rückstand von ca. 2 000 t Fleisch, im Bezirk Leipzig ein Rückstand von 53 t Rind und 638 t Schwein und im Bezirk Dresden ist ein Rückstand von 1 868 t tierische Produkte zu verzeichnen.

Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ist zu einem wesentlichen Teil von den Importen abhängig. Es zeigen sich bereits beim Anlauf des Planes für 1956 große Schwierigkeiten in der Sicherung der im Plan festgesetzten Waren, sodass in absehbarer Zeit bei Nicht-Realisierung der Importe mit weiteren Versorgungsschwierigkeiten zu rechnen ist.

Vom Außenhandel der DDR konnten folgende Warenmengen, die als Bestände per 1.1.1956 geplant waren, nicht herangeschafft werden.

- Getreide: 120 000 t
- Butter: 2 100 t
- tierische Fette: 6 000 t
- Tabak: 2 400 t

Die größten Schwierigkeiten bestehen zzt. bei Weizen. Jede Dekade wird ca. 10 000 bis 15 000 t Hartweizen gebraucht, der von der SU eingeführt wird. Die Weizenbestände aus eigener Ernte reichen nur bis Ende Februar. Das Importsoll im I. Quartal 1956 beträgt 283 000 t. Importiert wurden bis zum 14.2.1956 16 600 t.

### ***Besondere Vorkommnisse***

In der Nacht vom 10. zum 11.2.1956 brach in den Lagerräumen der Konsumgenossenschaft Tessin, [Kreis] Rostock[-Land], ein Brand aus. Der Schaden beträgt ca. 25 000 DM, wovon für 10 000 DM Industriewaren und Lebensmittel vernichtet werden. Die Brandursache konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

## ***Die Lage in der Landwirtschaft***

In der Landwirtschaft stehen weiterhin die Diskussionen zu ökonomischen Problemen im Vordergrund.

1.) Bildung von Arbeitsgemeinschaften

2.) Auszahlung von Arbeitseinheiten in den LPG

1.) *Bildung von Arbeitsgemeinschaften*

Großen Umfang nehmen unter den Mittel- und Großbauern die Diskussionen über die Bildung von ständigen Arbeitsgemeinschaften ein. <sup>14</sup> Sie zeigen in sehr vielen Fällen eine abwartende Haltung oder stehen der Bildung von Arbeitsgemeinschaften ablehnend gegenüber, was hauptsächlich auf Unklarheiten zurückzuführen ist.

So wird z. B. von einem Mittelbauern aus Thierbach, [Kreis] Borna, [Bezirk] Leipzig, Folgendes geäußert: »Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften sind Vorstufen der LPG. Ich gebe lieber meine Wirtschaft ab, als dass ich auf meine persönlichen Freiheiten verzichten muss.« In der Gemeinde Breitenfeld, [Kreis] Leipzig[-Land], nahmen 59 Mittel- und Großbauern an einer Versammlung teil. Die Aussprache über die Bildung von Arbeitsgemeinschaften ergab, dass alle eine Mitarbeit ablehnen. Sie erklärten dazu: »Die Arbeitsgemeinschaften würden nur Unfrieden ins Dorf bringen, die Felder würden dann unter Zwang zusammengelegt und das sei der Anfang der Kollektivierung.« In den Bauernversammlungen in Oschersleben und Zerbst, [Bezirk] Magdeburg, brachten die Einzelbauern zum Ausdruck: »Wenn wir uns erst zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, werden wir auch bald in die LPG gezwungen.«

Trotz des teilweise noch stark vorhandenen Widerstandes der Einzelbauern sind allmählich Fortschritte in der Bildung von Arbeitsgemeinschaften zu verzeichnen. So haben sich z. B. in der Gemeinde Roda, [Kreis] Grimma, [Bezirk] Leipzig, alle vorhandenen 21 bäuerlichen Betriebe, darunter sechs Großbauern zu vierköpfigen Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen. Aus den Kreisen Salzwedel und Loburg, [Bezirk] Magdeburg, wurde bekannt, dass bei den Stützpunktbesprechungen in Salzwedel 40 und in Loburg neun ständige Arbeitsgemeinschaften gebildet werden konnten.

2.) *Auszahlungen von Arbeitseinheiten in den LPG*

Schwerpunkt in den LPG ist weiterhin die Diskussion über die Bezahlung der Arbeitseinheiten für 1956. Die Genossenschaftsbauern bringen in ihren unzufriedenen und negativen Diskussionen zum Ausdruck, dass sie mit der Herabsetzung der Bezahlung für die Arbeitseinheiten für 1956 nicht einverstanden sind und fordern die gleiche Bezahlung wie 1955. Bei Nichtzahlen dieser Summe wird von einer Reihe Genossenschaftsbauern mit Austritt aus der LPG gedroht.

So diskutieren z. B. die Mitglieder der LPG im MTS-Bereich Tetschendorf, [Kreis] Wittstock, [Bezirk] Potsdam, über die Arbeitseinheiten für das Jahr 1956. Einige Mitglieder vertreten den Standpunkt, wenn die Bezahlung für die Arbeitseinheiten herabgesetzt wird, treten sie aus der LPG aus. In dem Plan der LPG Cochstedt, [Kreis] Aschersleben, [Bezirk] Halle, waren für das Jahr 1955 8,00 DM pro Arbeitseinheit festgelegt. Die Bauernbank zahlt für 1956 nur 70 % aus, das sind von 8,00 DM nur noch 5,60 DM. Damit sind die Mitglieder absolut nicht einverstanden. Sie tragen sich mit dem Gedanken, beim Bau des Flugplatzes in Cochstedt mitzuhelfen, denn dort hätten sie andere, größere Verdienstmöglichkeiten.

Zu Austrittserklärungen kam es aufgrund der niedrigen Bezahlung der Arbeitseinheiten in der LPG Wesenberg, [Bezirk] Neubrandenburg, wo alle Mitglieder außer dreien ihre Austrittserklärungen einreichten und in der LPG Bölkow, [Kreis] Güstrow, [Bezirk] Schwerin, wo zehn Mitglieder austraten und bei dem dortigen Forstwirtschaftsbetrieb die Arbeit aufnahmen.

Arbeitsniederlegungen wurden in der Berichtszeit aus den LPG nicht bekannt.

### ***Brände in der Zeit vom 7.2. bis 21.2.1956***

In der Berichtszeit wurden insgesamt 24 Brände bekannt. Davon drei [Mal] vermutliche Brandstiftung, 14 durch Fahrlässigkeit, einer durch Kinderhand, sechs [Mal] Brandursache unbekannt. Die drei Fälle mit vermutlicher Brandstiftung sind noch nicht überprüft und werden nach Klärung im nächsten Bericht<sup>15</sup> nachgemeldet.

*Bezirk Potsdam*

- ein Scheunen- und Wohnhausbrand, Mittelbauer, vermutliche Brandstiftung;
- ein Scheunenbrand, Mittelbauer, Brandursache unbekannt.

*Bezirk Leipzig*

- zwei Scheunenbrände, Mittelbauern, Fahrlässigkeit;
- ein Stallbrand, LPG, Fahrlässigkeit;
- ein Scheunenbrand, Kleinbauer, Fahrlässigkeit;
- ein Scheunenbrand, Großbauer, Brandursache unbekannt.

*Bezirk Magdeburg*

- ein Scheunenbrand, LPG, vermutlich Brandstiftung;
- zwei Stall- und Scheunenbrände, LPG, Großbauer, Fahrlässigkeit.

*Bezirk Schwerin*

- ein Scheunenbrand, LPG, Fahrlässigkeit;
- ein Wirtschaftsgebäudebrand, Kleinbauer, Fahrlässigkeit.

*Bezirk Karl-Marx-Stadt*

- zwei Scheunenbrände, Kleinbauern, Fahrlässigkeit;
- ein Wohnhausbrand, Kleinbauer, Fahrlässigkeit.

*Bezirk Erfurt*

- zwei Scheunenbrände, Kleinbauern, Fahrlässigkeit;
- ein Wohnhausbrand, Mittelbauer, Fahrlässigkeit;
- ein Wohnhausbrand, Großbauer, Brandursache unbekannt.

*Bezirk Neubrandenburg*

- ein Stall- und Scheunenbrand, LPG, vermutliche Brandstiftung.

*Bezirk Halle*

- ein Stallbrand, LPG, Brandursache unbekannt;
- ein Scheunenbrand, Großbauer, Brandursache unbekannt.

*Bezirk Frankfurt/O.*

- ein Scheunenbrand, Kleinbauer, durch Kinderhand.

*Bezirk Rostock*

- ein Scheunenbrand, LPG, Fahrlässigkeit.

*Ergänzungsmeldung zu dem Bericht vom 8.2.1956 <sup>16</sup>*

Von den in der Berichtszeit vom 20.1.1956 bis 6.2.1956 aufgeführten sieben vermutlichen Brandstiftungen konnten vier als vorsätzliche Brandstiftung aufgeklärt werden.

*Bezirk Frankfurt/O.*

Der Strohmietenbrand in der LPG Gusow, [Bezirk] Frankfurt/O., wurde von einem elternlosen Jugendlichen vorsätzlich angelegt [sic!].

*Bezirk Magdeburg*

Der Strohmietenbrand in der LPG Ottersburg, [Kreis] Tangerhütte, wurde von einem Geistesgestörten angelegt. Festnahme erfolgte.

*Bezirk Schwerin*

Der Wirtschaftsgebäudebrand in der LPG »Freiheit«, Kreis Gadebusch, wurde von einem Beschäftigten dieser LPG vorsätzlich angelegt. Die Tat hat er aus eigenem Antrieb getan, da er mit unserer Regierung nicht einverstanden ist. Festnahme erfolgte.

*Bezirk Halle*

Der Scheunenbrand in der LPG »Karl Marx« in Piskaborn, [Kreis] Hettstedt, <sup>17</sup> wurde als einwandfreie Brandstiftung aufgeklärt; Täter wurde noch nicht ergriffen.

## ***Ereignisse von besonderer Bedeutung***

### ***Industrie***

- Am 9.2.1956 ereignete sich im VEB Rudolf-Harlass-Gießerei, Werk II, Karl-Marx-Stadt, ein Massenunfall durch Gasvergiftung. 18 Personen mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Davon sind 13 wieder entlassen. Infolge des Kälteeinbruches kamen die Rauch- und Gichtgase<sup>18</sup> durch die Abzugsschlote zurück in die Halle, wo sie sich verbreiteten. Die Produktion konnte erst am 14.2.1956 wieder aufgenommen werden.
- Am 16.2.1956 wurden in den Ventilen des Kompressors im VEB Guss »Einheit« Langenau,<sup>19</sup> [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, Stahlspäne gefundene Schaden am Kompressor entstand nicht. Ausfall fünf Tage. Schaden 6 800 DM, Täter ist noch unbekannt.
- Am 15.2.1956 fiel im VEB Formenbau Schwarzenberg, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, die große Exzenterpresse infolge Wellenbruchs aus. Ursach ist noch unbekannt. Ausfall mindestens 25 Tage.
- Am 9.2.1956 ereignete sich im VEB Kali[werk] »Glück auf« Sondershausen eine Betriebsstörung, indem eine in die Rohsalzmühle geratene Fönhalterrolle von ca. 25 kg Gewicht drei Rostkörbe, eine Panzerpalette und die Welle der Mühle zerschlug. Der Produktionsausfall beträgt 500 t Rohsalz. Ursache ist noch nicht geklärt.
- Am 8.2.1956 ereignete sich im Werkverkehr des EKS in Stalinstadt ein Zugzusammenstoß infolge Fahrlässigkeit einer Weichenwärterin. 16 PKP-Wagen<sup>20</sup> und eine Lok mussten aus dem Verkehr gezogen werden. Der Schaden beträgt vorerst 40 000 DM.
- Am 6.2.1956 wurde in der Kabine des Schachtes 27 Oberschlema der Wismut das Telefonkabel an der Verteilung abgerissen. Der Täter ist unbekannt.

#### *Reichsbahn*

Am 11.2.1956 erfolgte ein Zugzusammenstoß auf der Strecke Espenhain – Leipzig. Zwei Dampflok fuhren sich in die Flanke. Dabei wurden eine Person schwer und drei leicht verletzt. Die Strecke musste gesperrt werden. Schuld trägt der Weichenwärter.

Am 15.2.1956 kam es bei Neukieritzsch,<sup>21</sup> [Kreis] Borna, [Bezirk] Leipzig, zu einem Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Rangierzug. Dabei wurden 57 Personen verletzt, wovon zwölf ins Krankenhaus überführt werden mussten. Zwei Personen sind kurz darauf verstorben. Der Materialschaden beträgt 15 000 DM.

Durch eine eingeleitete bakteriologische Untersuchung aufgrund des Verendens von Schweinen in der Gemeinde Kampehl, [Kreis] Kyritz, [Bezirk] Potsdam, wurde festgestellt, dass das im VEB (K) Futtermittelfabrik Güterfelde, [Kreis] Potsdam[-Land], hergestellte Standardmineralstoffgemisch für Schweine, Salmonellen (Fleischvergifter: Salm. Senftenberg – ne – castle)<sup>22</sup> enthält.

## **Anlage vom 23. Februar 1956 zum Informationsdienst Nr. 4**

### **Übersicht über bekannt gewordene Feindtätigkeit in der Zeit vom 7.2. bis 21.2.1956**

#### *Hetzschriftenverbreitung durch Ballon*

- SPD-Ostbüro:<sup>23</sup> 20 687,
- CDU-Ostbüro: 6 720,
- FDP-Ostbüro: 2 279,
- DGB-Ostbüro: 201,
- KGU:<sup>24</sup> 1 481,
- UfJ:<sup>25</sup> 611,
- NTS:<sup>26</sup> 10 556,
- Zope:<sup>27</sup> 11 966,
- »Tarantel«:<sup>28</sup> 3 692,
- Äquatorialverlag:<sup>29</sup> 435,
- Freie Universität: 355,
- Internationale Vereinigung für den Frieden: <sup>30</sup> 31,
- »Montagsecho«:<sup>31</sup> 23 201,
- Selbstgefertigte Hetzschriften (handverteilt): 12,
- Hetzschriften unbekannter Herkunft: 103 559,
- insgesamt: 185 786.

Die selbstgefertigten Hetzschriften wurden in Dresden, Nauen, [Bezirk] Potsdam, Groß Glienicke, [Bezirk] Potsdam, Warnemünde und Klötze, [Bezirk] Magdeburg, gefunden. Sie enthielten Hetze gegen Partei und Regierung.

- Hetzschriftenballons oder Reste von solchen wurden in Potsdam, Ehrenhain, <sup>32</sup> [Kreis] Altenburg, [Bezirk] Leipzig, Mockrehna, <sup>33</sup> [Kreis] Tc [Bezirk] Leipzig, Heringen/ Neustadt, <sup>34</sup> [Bezirk] Erfurt, Stolberg [Harz], [Bezirk] Halle, Mark Naundorf, <sup>35</sup> [Bezirk] Halle, Döblitz, [Bezirk] Ha Zörbig, [Kreis] Bitterfeld, [Bezirk] Halle, Illmersdorf, [Kreis] Jüterbog, [Bezirk] Potsdam, und Johannegeorgenstadt, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, gefunden.
- In der Luft treibende Ballons wurden am 4. und 7. Februar 1956 in größerer Anzahl in Richtung Stahnsdorf, Michendorf, Teltow, Krampnitz und Falkensee (sämtlich im Bezirk Potsdam) gesichtet.
- Am 10.2.1956 wurden durch Suchgruppen im Ortsteil Niederneuendorf mehrere Tausend Exemplare der »Tarantel«, »Montageecho« und »Briefe an Jedermann«<sup>36</sup> vernichtet.
- Als neu erscheinende Hetzschriften wurden im Berichtszeitraum gemeldet: »Mord« ( KgU),<sup>37</sup> Bezirk Rostock; »Fasching« (Äquatorialverlag Bezirk Schwerin.
- Die Hetzschriftenverbreitung durch Ballons ist in der Berichtszeit auf einen Tagesdurchschnitt von ca. 13 000 gesunken gegenüber vorher 20 400. Diese Hetzschriften gelangen nur zu einem geringen Teil in die Hände der Bevölkerung.

#### *Antidemokratische Tätigkeit*

Antidemokratische Tätigkeit, die sich auf das Herunterreißen von Bildern und das Anschmieren von Hetzlosungen erstreckte, war in nachfolgenden Orten zu verzeichnen: In Sebnitz, [Bezirk] Dresden, wurden die für ein Sportfest der GST angebrachten Embleme nachts heruntergerissen. In Seefeld, [Bezirk] Potsdam, wurde im Kultursaal der MTS Seefeld, [Kreis] Pritzwalk, [Bezirk] Potsdam, das Bild des Genossen Ministerpräsidenten heruntergeschlagen. Der Täter trat bereits am 17.6.1953 negativ in Erscheinung und nahm an Ausschreitungen teil.

In Berlin-Friedrichshain wurde eine 1,60 m große Hetzlosung an eine Hauswand geschmiert, die sich gegen den Genossen Ulbricht und die SED richtete. In Neumark, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, wurden drei Zeichen der » NTS« an eine Hauswand geschmiert. In Finkenkrug, <sup>39</sup> [Kreis] Nauen, [Bezirk] Potsdam, wurde an einem Drahtzaun in der Nähe der Bahnlinie ein Hetzplakat angebracht, dessen Aufschrift sich gegen unsere Justiz richtete. In Erfurt auf dem Domplatz wurde ein Hakenkreuz vor dem Bezirksgericht in den Schnee getreten. In Gladau, [Kreis] Genthin, [Bezirk] Magdeburg, wurden einige Fensterscheiben der Bürgermeisterei von unbekanntem Tätern mit Steinen zerschlagen.

#### *Feindtätigkeit in der Industrie*

Die Feindtätigkeit in der Industrie kam in der Berichtszeit wiederum im Anschmieren von Hetz- und faschistischen Losungen, in der Beschädigung von Bildern fortschrittlicher Personen und Losungen, durch Gerüchte und Hetze zum Ausdruck.

Zu Schmierereien und Beschädigungen von Bildern und Losungen kam es in folgenden VE-Betrieben:

- Werkbahnhof Böhlen, [Kreis] Borna;
- ECW Eilenburg, [Bezirk] Leipzig;
- Horch Zwickau;<sup>40</sup>
- IFA Zschopau, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt;
- Kali-Werk »Einheit« Dorndorf, [Bezirk] Suhl;
- Schiffswerft Roßlau,<sup>41</sup> [Bezirk] Halle;
- Kupferbergbau Eisleben, [Bezirk] Halle, Sohle 11;
- Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, [Bezirk] Potsdam;
- Grobgarnwerk Kirschau,<sup>42</sup> [Kreis] Bautzen, [Bezirk] Dresden;
- Stahlwerk Gröditz,<sup>43</sup> [Bezirk] Dresden;
- Margarethenhütte Bautzen;
- Kraftverkehr Demmin, [Bezirk] Neubrandenburg;
- VEB Obertrikotagen in Heyerode,<sup>44</sup> [Kreis] Mühlhausen, [Bezirk] Erfurt;
- »Thomas Müntzer«-Schacht Worbis,<sup>45</sup> [Bezirk] Erfurt.

Im Letzteren wurden am Förderturm zwei Hakenkreuze und das Wort »Streik« angeschmiert. Im Werk Golpa, <sup>46</sup> [Bezirk] Halle, wurde ein Elektriker zweimal anonym angerufen und ihm mit folgenden Worten gedroht: »Sieh Dich vor, Du hast doch Differenzen mit der Partei. Deine Arbeit am Fernstudium wird als Sabotage ausgelegt.« In den Garagen der Wismut-Objekte Freital und Lauter sowie in der mechanischen Werkstatt des Objektes 29 in Ronneburg hetzen einige Arbeiter in der Form, dass sie die Meinung verbreiten, im Frühjahr würde eine Massenflucht nach Westdeutschland einsetzen. In Ronneburg wird das Gerücht verbreitet, dass Ronneburg ab 1.4.1956 Sperrgebiet der Wismut wird und die Wismut alle HO-Geschäfte übernimmt.<sup>47</sup>

Im Georgi-Dimitroff-Werk Magdeburg <sup>48</sup> verbreitet eine Angestellte aus der Buchhaltung das Gerücht, dass in der nächsten Zeit eine 10-%-Normenerhöhung bzw. eine 10-%-Lohnsenkung erfolgen soll.

1

Die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR wurde am 18.1.1956 gebildet. Vgl. Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. In: GBl. I 1956, S. 81. Siehe Informationen [M10/56](#), [M14/56](#), [M15/56](#), [M17/56](#), [M21/56](#), [M24/56](#), [M26/56](#), [M30/56](#), [M32/56](#), [M35/56](#), [M37/56](#), [M45/56](#) und [M73/56](#).

2

Am 27.1.1956 waren Werner Rudert, Jg. 1913, und Max Held, Jg. 1922, als angebliche »Agenten des amerikanischen Geheimdienstes« wegen Wirtschafts- und Militärsplionage sowie »Abwerbung« von Wissenschaftlern und Spezialisten aus der DDR vom Obersten Gericht der DDR zum Tode verurteilt worden. (Dokumentation von Prozess und Urteil in: Marxen, Klaus; Werle, Gerhard (Hg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation, Bd. 5: Rechtsbeugung. Berlin 2007, S. 405–418). Nach scharfem Protest des Westens wurden die Todesurteile durch Präsident Wilhelm Pieck in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt. Vgl. Forderung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik: Schluß mit Spionage und Sabotage! Maßnahmen zur Minderung der Spannungen in Deutschland. In: ND v. 10.2.1956, S. 1.

3

Auf dem XX. Parteitag beschloss das ZK der KPdSU, im Laufe des 6. Planjahrfünfts für alle Arbeiter und Angestellten den 7-Stunden-Tag einzuführen. Für Untertage-Beschäftigte und Jugendliche von 16 bis 18 Jahren sollte der 6-Stunden-Tag gelten, ebenso für die übrigen Arbeiter und Angestellten an Samstagen und vor Feiertagen. Der Verdienst sollte trotz der Arbeitszeitverkürzung nicht verringert werden. Vgl. Unsere Sache ist unbesiegbar! Einige Hauptgedanken aus dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU, erstattet von N. S. Chruschtschow auf dem XX. Parteitag. In: ND v. 15.2.1956, S. 3.

4

Der 6. Fünfjahrplan in der UdSSR umfasste den Zeitraum von 1956 bis 1960.

5

Die III. Parteikonferenz der SED fand vom 24. bis 30.3.1956 in Berlin statt. Auf ihr wurde der XX. Parteitag der KPdSU ausgewertet.

6

Korrekt: VEB Lausitzer Koffer- & Lederwarenfabrik Neukirch.

7

Vollständig: VEB Fahrzeug- und Gerätewerk Simson Suhl.

8

Vollständig: VEB Schreib- und Nähmaschinenwerke Dresden.

9

Vollständig: VEB Förderanlagen »7. Oktober« Magdeburg.

10

Vollständig: VEB Magdeburger Armaturenwerke »Karl Marx«.

11

Gemeint ist vermutlich der VEB (K) Baustoffwerk Luckenwalde.

12

Korrekt: VEB Kraftwerks- und Industriebau Dresden.

13

In der DDR wurden im Jahr 1956 für den Kauf von Fleisch, Fisch, Eiern, Milch, Fett und Zucker sowie allen daraus hergestellten Erzeugnissen noch Lebensmittelkarten benötigt. Ohne Karten konnten diese Produkte nur zu deutlich höheren Preisen in den Läden der staatlichen Handelsorganisation (HO) erworben werden. Die Lebensmittelkarten wurden im Mai 1958 abgeschafft. Vgl. Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten v. 28.5.1956. In: GBl. I 1958, S. 413–415.

14

Die »Ständigen Arbeitsgemeinschaften« sollten die Bauern an Arbeit in den Produktionsgenossenschaften heranzuführen. Sie wurden seit 1954 von den VdGB gebildet und sollten nach Beschluss der III. Parteikonferenz der SED besonders gefördert werden. Vgl. Ulbricht, Walter: Der Zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Protokoll der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 1, Berlin 1956, S. 14–205, hier 117–121, sowie die Direktive der 3. Parteikonferenz der SED für den zweiten Fünfjahrplan 1956–1960. In: ebenda, Bd. II, S. 1022–1113, hier 1084.

15

Siehe Informationsdienst [5/56](#).

16

Siehe Informationsdienst [3/56](#).

17

Im Original: »Hettstädt«.



18

Gemeint sind vermutlich »Giftgase«.

19

Vollständig: VEB Guss Werk II Langenau; der Namenszusatz »Einheit« konnte nicht verifiziert werden.

20

Gemeint sind vermutlich Waggons der Polskie Koleje Państwowe (vollständig: Polskie Koleje Państwowe Spółka Akcyjna ( PKP S.A.)), der Polnischen Staatsbahnen AG.

21

Im Original: »Neukiritsch«.

22

Gemeint sind offenbar der wissenschaftliche Name des Erregers »Salmonella Senftenberg« sowie die Newcastle-Krankheit, eine bei Geflügel auftretende, hochansteckende Viruserkrankung, die allerdings nicht von dem Erreger »Salmonella Senftenberg« verursacht wird.

23

Hier und im Folgenden geht es um die zwischen 1946 und 1951 gegründeten Ostbüros der Parteien SPD, CDU und FDP sowie des DGB. Die Ostbüros unterstützten verfolgte und SED-kritische Mitglieder bzw. ehemalige Mitglieder ihrer Schwesterparteien bzw. -organisationen in der DDR. Zu ihren weiteren Aufgaben gehörten die Flüchtlingsbetreuung, die Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

24

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« ( KgU) war eine u. a. von US-amerikanischen Geheimdienststellen finanzierte und angeleitete antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus mittels Propaganda und zeitweise auch mit militanten Aktionen den Widerstand gegen das SED-Regime unterstützte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit ( KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln 2015.

25

Der »Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen« (UFJ) wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechtshandlungen in der DDR und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen 1950er Jahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

26

Der Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund, war eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der 1940er Jahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

27

Die ZOPE (Zentralnoje Objedinjenje Poslewoennych Emigrantow, deutsch etwa: Zentralverband der Nachkriegsemigranten) war eine im November 1952 in München durch das US-amerikanische Office of Policy Coordination (OPC) gegründete russische Exilgruppe. Die ZOPE unterhielt enge Kontakte zum NTS, zu den Ostbüros der westdeutschen Parteien und zur Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO). Hauptaktivität der ZOPE, die u. a. vom Gesamtdeutschen Ministerium der Bundesrepublik Deutschland finanziert wurde, war die Verbreitung von Flugblättern, die mittels Ballons in die DDR geschickt wurden. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 331–334.

28

Die »Tarantel. Satirische Monatsschrift der Sowjetzone« war eine von Heinz W. Wenzel (Pseudonym: Heinrich Bär) in Westberlin herausgegebene und von den USA finanzierte Zeitschrift, die sich satirisch-kritisch mit den Verhältnissen in der DDR auseinandersetzte. Sie wurde 1950 bis 1962 in Großauflagen von bis zu 300 000 Stück von Westberlin aus in die DDR geschleust. Vgl. Körner, Klaus: Ein »Phänomen« wird entlarvt. Antikommunistische Schriften gegen die DDR aus der Frühzeit der Bundesrepublik. In: Lokatis, Siegfried; Sonntag, Ingrid ( Hg.): Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur. Berlin 2008, S. 156–167, hier 161. Siehe auch: Schulz-Heidorf, Walter: Preis unbezahlbar – Die »Tarantel«. Heiße Lektüre im Kalten Krieg. Berlin 1997.

29

Gemeint ist der Äquatorverlag, ein über die Aktionsgruppe B, einem Tochterunternehmen der Deutschen Union, von der CIA finanzierter

Verlag, der von Westberlin aus politisches Propagandamaterial in der DDR verbreitete. Vgl. dazu Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln 2015, S. 116; Körner, Klaus: »Stürmt die Festung Wissenschaft!«. Otto H. Hesse und der Colloquium Verlag 1947–1992. In: Aus dem Antiquariat 62(2006)6, S. 415–431, hier 419.

30

Eine Organisation dieses oder eines ähnlichen Namens ließ sich nicht ermitteln; vermutlich handelt es sich hier um einen Tarnnamen.

31

Das »Berliner MontagsEcho. Die liberale Montagszeitung« wurde von 1947 bis 1963 von dem Journalisten Erwin Erich Torenburg und dem Berliner Vorsitzenden der FDP und Mitbegründer des FDP-Ostbüros Carl-Hubert Schwennicke herausgegeben. Für die SBZ erschien eine Ausgabe mit dem Untertitel »Die liberale Zeitung des freien Berlin«.

32

Im Original: »Ehrenhein«.

33

Im Original: »Mokrehna«. Mockrehna lag nicht im Kreis Torgau, sondern wurde im Dezember 1952 in den Kreis Eilenburg umgegliedert.

34

Gemeint sind vermutlich Heringen/Helme und Neustadt/Harz, eine Stadt bzw. eine Gemeinde, die beide im Kreis Nordhausen, Bezirk Erfurt, liegen.

35

Im Original: »Marknauendorf«.

36

In den 1950er Jahren verschickte das Ostbüro der FDP »Luftpost«-Briefe, adressiert »An Familie Jedermann, Sowjetisch besetzte Zone Deutschlands«, in Auflagen von 150 000 Exemplaren per Ballon in die DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000, S. 122, 127.

37

Eine Schrift der KgU mit dem Titel »Mord« ließ sich bibliographisch nicht ermitteln.

38

Eine Schrift aus dem Äquatorverlag mit dem Titel »Fasching« ließ sich bibliographisch nicht ermitteln.

39

Im Original: »Finkenburg«.

40

Vollständig: VEB HORCH Kraftfahrzeug- und Motorenwerke Zwickau.

41

Im Original: »Roslau«.

42

Vollständig: VEB VEGRO Vereinigte Grobgarn-Werke Kirschau.

43

Vollständig: VEB Stahl- und Walzwerk Gröditz.

44

Ein Betrieb dieses Namens war nicht zu ermitteln. Möglicherweise handelt es sich um ein Zweigwerk des VEB Obertrikotagen Mülana im benachbarten Mühlhausen. In Heyerode waren bereits seit dem 19. Jahrhundert mehrere Textilbetriebe ansässig.

45

Gemeint ist vermutlich der Thomas-Müntzer-Schacht des Kaliwerks Bischofferode, das im Kreis Worbis lag.

46

Gemeint ist vermutlich das Großkraftwerk Zschornowitz beim Tagebau Golpa im Kreis Gräfenhainichen.

47

Das gesamte Uranabbaugebiet der Wismut AG war eine von sowjetischen Stellen gesicherte militärische Sperrzone, deren Zugang durch ein äußerst restriktives Passierscheinsystem geregelt war. Vgl. Barkleit, Gerhard: Sonderzone. Das Sicherheitsregime bei der Wismut. In: Boch, Rudolf; Karlsch, Rainer (Hg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Bd. 1: Studien, Berlin 2011, S. 158–227.

48

Vollständig: VEB Schwermaschinenbau »Georgi Dimitroff« Magdeburg.

© Copyright by BStU. Alle Rechte vorbehalten.